

Ein bedauernswerter Mangel an Substanz

Analyse der Chuan-Regierung

von Thirayuth Boonmi

Einen Tag vor der nachträglichen Abstimmung des Parlaments über vier umstrittene Regierungsverordnungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zog der bekannte Sozialkritiker Thirayuth Boonmi Bilanz über die ersten 6 Monate Amtszeit der Chuan Leekphai Regierung und ihre Zukunft. Nach seiner Auffassung verbreitet sich unter politischen Beobachtern ein Gefühl, daß es der gegenwärtigen Regierung an Entschlossenheit fehle, daß sie wie eine »fleischlose Suppe« sei. Der Artikel erschien am 19. Mai in der Bangkok Post und erregte großes Aufsehen.

Premierminister Chuan Leekphai hat in den letzten sechs Monaten seine Ehrlichkeit und Integrität unter Beweis gestellt, indem er nicht dem Beispiel der Chavalit-Regierung gefolgt ist und sich geweigert hat, dem Druck von Interessengruppen nachzugeben. Das hat ihm geholfen, ausländisches Vertrauen zu gewinnen und den Baht zu stabilisieren.

Aber Chuan hat einige bedeutende Schwächen, die viele Menschenbeunruhigen. Es fehlt ihm an drei Führungsqualitäten, die in Krisenzeiten so wichtig sind.

Erstens, Chuan hat in der Öffentlichkeit nicht den besten Weg gewählt, um die Probleme des Landes zu lösen und es scheint ihm ein umfassender Plan zu fehlen, um die Wirtschaftskrise zu beenden. Er hat kein umfassendes Bild über die Probleme abgegeben, keine Lösungswege aufgezeigt, keinen Zeitraum genannt, bis das Land von den Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds befreit sein wird, nicht erklärt, wie lange die Rückzahlung der Schulden dauern und was die Zukunft für das Land bringen wird.

All dies, obwohl er einige im Wirtschaftsfragen kompetente Minister in den hat und vom ehemaligen Premierminister Anand Panyarachun und dem führenden Wirtschaftsteam des Landes beraten wird. Der Premierminister hört nicht auf diese Leute und hat ihre Ratschläge nicht zu einer Erklärung zusammengefaßt, die der Be-

völkerung die Richtung bei der Lösung der Probleme angeben würde.

Die zweite Schwäche ist, daß er anscheinend die Notlagen der Bevölkerung nicht ernst nimmt.

Und schließlich, diskutiert er die Probleme nicht mit der Bevölkerung. Er erklärt ihr die Probleme nicht, noch konsultiert er sie in irgendeiner systematischen Weise, wodurch er abgehoben erscheint, und als ging es nur um sein persönliches Image und die Lösung kurzfristiger Probleme.

Angesichts der Konflikte zwischen den Mitgliedern seines Wirtschaftsteams hat die Regierung sich lächerlich gemacht und das Image einer »Schüssel Suppe ohne Nudeln und Fleisch« – mit anderen Worten, sie ist in sich gespalten und bietet nur den flüssigen Träger an, und nicht die feste Substanz, um die Probleme wirklich zu lösen.

Herr Chuan hat die Chance vertan, das Land aus dieser Krise zu führen. Seine Regierung hat einmalige und überschwengliche öffentliche Unterstützung bekommen, aber sie hat die Chance vorüberziehen lassen, die Probleme effektiv und systematisch anzugehen. Die Menschen beginnen, das Vertrauen zu verlieren und denken deshalb nur an individuelle oder Gruppeninteressen. Sie haben nicht das Vertrauen, um Opfer zugunsten der Mehrheit zu bringen. Folglich sind alle – die Armen, die Mittelklasse und die Geschäftsleute – unzufrieden mit dieser »Suppe-ohne-

Fleisch«-Regierung. Die Unzufriedenheit konzentriert sich vor allem auf den Premierminister, aber es gibt eine vereinte Front gegen die gesamte Regierung.

Es wird erwartet, daß der Druck auf die Regierung wächst, im Juli das Parlament aufzulösen, so daß die neue Verfassung für die nächsten Wahlen angewendet werden kann. Wenn die Regierung widersteht, könnte es zu politischen Spannungen mit einer politischen Krise entweder gegen Oktober oder Ende des Jahres geben. Dies muß dem Land auf jedem Fall erspart bleiben.

Premierminister Chuan besteht darauf, daß die verabschiedeten Maßnahmen darauf zielen, die Probleme der Unternehmen zu lösen, um Entlassungen zu vermeiden. Er sagt, die Maßnahmen werden die Probleme des gesamten Wirtschaftssystems lösen, und nicht nur die bestimmter Gruppen oder Individuen. Aber was wir tatsächlich feststellen, ist eine Fortsetzung der von der Chavalit-Regierung beschlossenen Maßnahmen, die einer privilegierten Minderheit helfen – dem Immobiliensektor.

Der Autor war in den 70er und Anfang der 80er Jahren Führer der Studentenbewegung im Untergrund und unterrichtet jetzt an der Fakultät für Soziologie und Anthropologie der Thammasat-Universität in Bangkok.

Die Finanzliberalisierung durch den BIBF hatte zur Folge, die Preise von Landbesitz und des Besitzes der Elite und Mittelklasse in unrealistische Höhen zu treiben. Die Verteidigung des Baht zielte darauf ab, die Landbesitzer vor der Zahlung zusätzlicher Schulden zu schützen. Der *Financial Institutions Development Fund* (FIDF) benutzte ebenfalls 1.100 Milliarden Baht, um schwache Finanzinstitutionen zu stützen und den Rest des Sektors vor Problemen zu bewahren.

Es mag sein, daß die Regierung die wirtschaftlichen Probleme

erstmals offiziell zur Last der gesamten Bevölkerung zu machen.

Deshalb steht die Bevölkerung einig gegen diese vier Verordnungen. Parlamentsabgeordnete aller Parteien sollten morgen dagegen stimmen [inzwischen wurden sie bereits verabschiedet, siehe Nachrichten, die Red.], wenn die Regierung nicht verspricht, eine Steuerreform zu verabschieden, die Gerechtigkeit für alle bringt.

Die Regierung muß erklären, wer die Schulden zurückzahlen wird, und wenn sie Steuergelder zur Rück-

fitierten, und Regierungsmaßnahmen, die zur Anhäufung der Schulden führten, müssen berücksichtigt werden:

- Durch eine einprozentige Steuer auf Sparguthaben (denn die Sparguthaben sind durch 1.100 Milliarden Baht der Regierung geschützt). Das wird 60 Milliarden Baht bringen.
- Durch das Anheben der Fondsg Gebühr bei Geschäftsbanken von 0,2 auf zwischen 0,8 und 1 Prozent. Das wird weitere 50 Milliarden Baht hinzufügen. Die Banken müssen Opfer bringen, da sie von den 1.100 Milliarden Baht profitiert haben, die die Regierung zu ihrem Schutz verwendet hat.
- Durch das Erheben einer Besitz- und Landsteuer, so daß Leute verkaufen oder zu einem niedrigeren Preis mieten und die Nutzung dieser Besitze und Grundstücke zur nationalen Produktion beiträgt.
- Durch die Erhebung anderer Steuern auf Luxusgüter, Autos, geschäftliche Symbole, usw.

Wir könnten in der Lage sein, zusätzlich 120 bis 150 Mrd. Baht an Steuern zu erheben, um die FIDF-Schulden zu bezahlen. Dies könnte durch den Verkauf einiger Aufgaben von

Staatsunternehmen geschehen, aber es muß Gegenstand öffentlicher Diskussion sein, so daß die Öffentlichkeit versteht und einbezogen wird.

Die Reform des Steuersystems wird die folgenden Vorteile bringen:

- Die FIDF-Schulden werden in sechs bis 20 Jahren zurückgezahlt sein und so zur Verringerung der Zinssätze beitragen.
- Die Konsum- und Ausgabekultur der Ober- und Mittelklasse würde eingeschränkt.
- Dem Land würde geholfen, effizienter, produktiver und disziplinierter zu werden. Andere Länder werden mehr Vertrauen haben, als wenn wir einfach den Konsum anregen, um die Wirtschaft anzukurbeln.
- Spannungen in der Gesellschaft würden verringert, weil die unteren



Foto: J. Wagner

Demonstranten der »People of the Poor« in Bangkok

geerbt hat, aber es besteht keine Notwendigkeit für sie, die gleiche Richtung bei ihrer Lösung fortzusetzen – so die Verabschiedung von vier Verordnungen, um die Schwelle für Auslandskredite zu erhöhen, indem fünf Milliarden US-Dollar in Auslandsanleihen verkauft wurden und das Finanzministerium ermächtigt wurde, 500 Milliarden Baht in Inlandsanleihen zu verkaufen, um die FIDF-Schulden zu decken.

Die Fälle der *Union Asia Finance and Security*, *Nava Finance* sowie von vier staatlichen Banken sind noch immer zweifelhaft und einige Anzeichen sprechen dafür, daß die Regierung mindestens 200 bis 300 Milliarden Baht aufwenden muß, um diese Sache in Ordnung zu bringen. Das alles heißt, die Schulden des FIDF weiter zu erhöhen und

zahlung verwenden wird, was für Steuern dies sind und vom wem das Geld eingetrieben wird.

Was die Finanzunternehmen angeht, sollte nächstes Jahr eine Institution gegründet werden, die Sparguthaben sichert, so daß Sparer sich selbst schützen können und die Sparpolitik angepaßt werden kann. Schwachen Finanzinstitutionen sollte erlaubt werden, zu schließen. Wenn Hypotheken verkauft und die Erlöse abgezogen werden, wird der FIDF Schulden zwischen 600 und 800 Milliarden Baht haben.

Die Regierung hat keine andere Wahl, als diese Last an den Steuerzahler weiterzugeben. Aber dies muß gerecht sein. Steuern müssen von Unternehmergruppen und Individuen eingetrieben werden, die von der »Seifenblasenwirtschaft« pro-

Klassen, die mit Arbeitslosigkeit, Inflation, Sozialeinbußen und Einschränkungen in anderen Regierungsleistungen konfrontiert sind, mehr Gerechtigkeit spüren würden.

Thailand lebt seit langem mit Ungerechtigkeit, weil die Politiker und Technokraten gerne an sich und ihre Verbündeten denken, wenn sie die Probleme des Landes lösen. Nehmen wir die Chavalit-Regierung: Sie stützte den Immobilien- und Finanzsektor, weil sie politische Parteien unterstützten. Die *Bank of Thailand* verteidigte den Baht, weil sie auf Unternehmergruppen mit einer Menge Dollarschulden hörte. In ähnlicher Weise wagt die Chuan-Regierung nicht, eine harte Linie gegen Finanzinstitutionen zu fahren, oder Steuern auf Sparguthaben, Besitz und Land zu erheben,

weil dies Kreise betreffen würde, mit denen sie verbündet ist.

Die meisten Politiker haben auch eine Menge von Sparguthaben und Besitz. Sie werden argumentieren, daß eine Steuer auf die Sparguthaben die Menschen ermutige, das Geld abzuheben und zu konsumieren. Das ist nicht wahr. Die Thailänder werden immer noch 14 oder 15 Prozent Zinsen verdienen (abzüglich drei oder vier Prozent Inflation). Die Japaner verdienen weniger als ein Prozent Zinsen, aber sie sparen immer noch.

Sie könnten auch argumentieren, daß sie keine Steuern auf Besitz oder Land erheben können, weil die Ober- und Mittelklasse bereits hart von der Wirtschaftskrise getroffen wurde. Aber der Preis des Besitzes

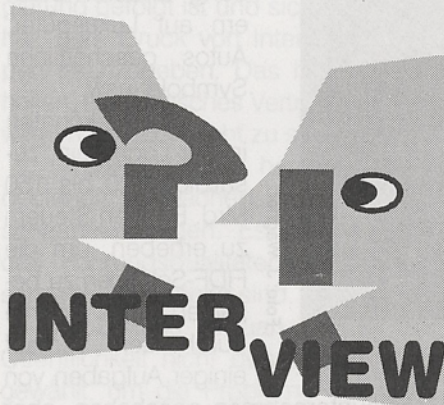
und der Grundstücke, der durch das Geld des BIBF hochgetrieben wurde, ist von der Regierung garantiert. Diejenigen, die Vermögen und Land haben, sollten zu Opfern bereit sein. Das würde den Weg für die Armen und die unteren Klassen eröffnen, etwas Vermögen zu besitzen. Wenn es der Regierung am politischen Mut fehlt, die Probleme gerecht und streng zu lösen, wird sie die Fehler der Chavalit-Regierung wiederholen. Sie wird nicht in der Lage sein, die Krise langfristig zu beseitigen und könnte das Land sogar in eine zweite Welle wirtschaftlicher Turbulenzen bringen. 

Übersetzung aus dem Englischen von
Gerhard Reinecke.

Den Preis zahlen die Armen

Die thailändische Umweltschützerin, Vanida Tantivitayapitak, aus Bangkok engagiert sich seit den 70er Jahren für benachteiligte Gruppen in der thailändischen Gesellschaft. Bekannt wurde sie vor allem durch ihr Engagement im Zusammenhang mit einer Kampagne gegen den Bau des Pak Mool Damms in Ubon Ratchathani. Zur Zeit arbeitet sie als Beraterin einer großen thailändischen NRO namens »Assembly of the Poor«.

Anlässlich der Tagung »Entwicklung in Ost- und Südostasien — Ökonomie, Ökologie und soziale Bewegungen« des Instituts fächerübergreifenden Studierens und Forschens in Trier war sie nach Deutschland gereist. Für Südostasien sprachen Athena Arsalidou und Jost Wagner mit Vanida. Bei der Übersetzung aus dem thailändischen hat Rungrudee Rawdmek-Tiedemann geholfen.



Frage: In den deutschen Zeitungen lassen sich seit Beginn der sogenannten Asienkrise viele Berichte über die Folgen für das Wirtschaftssystem in Südostasien finden. Es läßt sich jedoch kaum ein Artikel über die Folgen für die armen Menschen finden. Welche konkrete Folgen hat die Asienkrise in Thailand für die einfachen Leute?

Vanida Tantivitayapitak: Die Wirtschaftskrise hat vor allem die Armen schwer getroffen. Die Regierung läßt jetzt einen großen Teil der Probleme auf ihre Schultern. So haben z.B. der

IWF und die anderen internationalen Geldgeber nachdrücklich empfohlen, die Sozialausgaben der Regierung zu kürzen, um so die Rückzahlung der Kredite an den IWF zu garantieren. In Thailand haben wir aber kaum so etwas wie Sozialhilfe. Seit sechs Jahren haben wir z.B. eine günstige medizinische Versorgung in den öffentlichen Krankenhäusern für die armen Menschen in der Bevölkerung, aber jetzt werden die Leistungen wieder eingeschränkt, und die Behandlungskosten steigen wieder an, so daß manche Menschen sich medizinische

Versorgung nicht mehr leisten können.

Wie sieht es mit den Dingen des täglichen Bedarfs aus?

Die Preise für das öffentliche Bussystem wurden um mehr als 20 % erhöht, aber die Menschen müssen diese Busse nehmen. Sie haben keine Ausweichmöglichkeit. Die Preise für Nahrungsmittel sind ebenfalls stark gestiegen. Teilweise kosten Nudeln an einem Straßenstand 70 % mehr. Auch wurde der Benzinpreis erhöht. Aber wirklich hart trifft die Ar-